



Die Postämter am Marktplatz (1874-1940)

Wirtschaft Schulte (1874-1880)

(Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 10, lfd. Nr. 364 [Schankkonzessionen im Amt Aplerbeck]¹)

Über die Lage des Aplerbecker Postamtes fehlen seit dem 1855 erfolgten Ausscheiden des Postexpediteurs Möllmann aus dem Dienste gesicherte Erkenntnisse. Die Frage, ob seine Nachfolger noch in Möllmanns Haus ihren Aufgaben nachkamen oder an anderer Stelle, ist nicht zu beantworten. Erst ab Mitte der 1870er Jahre lässt sich ein Postamt wieder lokalisieren.

Der im Verlauf des deutsch-französischen Krieges 1870/71 auf anrühige Weise zu Vermögen gekommene, zuvor in armseligen Verhältnissen lebende Schuster und Wirt Franz Schulte reichte im November 1874 den Konzessionsantrag zum Betrieb einer Gastwirtschaft in seinem 1875 fertig gestellten Neubau „*in der Nähe des Bahnhofs an der Staatsstraße nach Hörde*“ und der westlichen Spitze des damaligen Marktplatzes ein. Mit dieser Beschreibung gemeint ist das heutige Haus Schürferstr. 330. In der Begründung seines Gesuchs führte Schulte aus: *„Auch habe ich die eine Hälfte der unteren Etage der Kaiserl. Post Verwaltung zum Postdienstbetrieb auf sechs Jahre vermietet und dürfte es wohl für das correspondirende Publikum, überhaupt alle, welche an der Postanstalt verkehren müssen, angenehm und wünschenswerth sein, wenn gleich in der Nähe, dem Postschalter gegenüber ein Restaurant resp. Wirthschaftsbetrieb sich befände, welches dann gleich als Passagierzimmer benutzt werden könnte.“*

Schultes Konzessionsantrag ging den üblichen Instanzenweg und gelangte so in die Hände des Aplerbecker Gemeindevorstehers Wilhelm Sudhaus, der die Räumlichkeiten auf ihre Eignung hin zu überprüfen hatte. Dabei fertigte Sudhaus u. a. Skizzen von der Raumaufteilung im Hause an. Gemäß diesen lagen im Erdgeschoss, links vom Hauseingang, die Diensträume der Post: ein Vorzimmer, der Postschalter und ein mit „Gepäck“ bezeichneter Raum. Darüber befand sich die aus drei Zimmern bestehende Wohnung des Postmeisters.

Am 1. August 1876 wurde in Schultes Haus auch ein mit dem Postamt verbundenes Telegrafenamts mit beschränktem Tagesdienst eröffnet.²

Die Post als Mieter der Sparkasse (1880-1886)

(Quelle: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 327 [Statutenänderung bei der Sparkasse Aplerbeck, 1853-1909])

1880 wurde Postverwalter Wiese von Hilchenbach nach Aplerbeck versetzt.³ Zu den ersten Aufgaben, mit denen er sich befassen musste, zählte der Abschluss eines neuen Mietvertrages im Namen der Kaiserlichen Ober-Postdirektion, denn der mit dem Wirt Franz Schulte geschlossene Vertrag wurde nicht verlängert. Gründe dafür

¹ vgl. auch „Ein Skandalwirt in Aplerbeck und seine Gastwirtschaft“ in: „Heimat Dortmund. Zeitschrift des Historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark e. V.“, Ausgabe 3/2009, S. 40 ff

² Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg, 31. Stück 1876 (29.07.1876), Nr. 605

³ Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg, 15. Stück 1880 (10.04.1880), Nr. 289



sind nicht überliefert. Für das Publikum war der Standortwechsel der Post allerdings nicht gravierend, da sich auch das neue Amt wieder am Marktplatz fand.

Die Post mietete nun Räume eines Hauses, das der Sparkasse Aplerbeck gehörte. Der Mietvertrag wurde am 3. Juli 1889 für den Zeitraum vom 1. November 1880 bis Ende Oktober 1886 geschlossen.

Der Vertrag lässt die Frage unbeantwortet, wo genau die Post sich eigentlich ansiedelte, denn es ist im Vertrag lediglich von „*dem der Sparkasse gehörigen, am Marktplatze belegenen Haus*“ die Rede; die Hausnummer wurde nicht angegeben.⁴ Dagegen werden die der Post überlassenen Räume präziser beschrieben:

„*Im Erdgeschoß, rechts vom Eingange des Hausflures:*

1. *ein dreifenstriges 5,76 Meter langes, 3,91 Meter breites Zimmer*
2. *ein an dasselbe anstoßendes 4,08 Meter langes, 3,72 Meter breites zweifenstriges Zimmer*
3. *ein an dasselbe anstoßendes, nach dem Hofe zu belegenes 4,08 Meter langes, 2,83 Meter breites einfenstriges Zimmer.“*

Zu den sich über mehrere Paragraphen erstreckenden Ausführungen der gegenseitigen Rechte und Pflichten gehörten auch die Bestimmungen, dass das Wappenschild des Postamtes, die Posthauslaterne und der Briefkasten von der Sparkasse auf ihre Kosten dort angebracht werden mussten, wo es von der Post gewünscht wurde. Dagegen hatte die Post bei ihrem Auszug die Kosten für die Abnahme von Wappen und Laterne und ebenso die Zumauerung des Lochs zu bezahlen, das eigens für den Briefkasten in die Hauswand geschlagen worden war.

Die Jahresmiete betrug 300 Mark und war in vierteljährlichen Raten am jeweils letzten Tag eines Quartals fällig. Sollte der Mietvertrag nicht verlängert werden, so musste dies dem Vertragspartner sechs Monate vor Vertragsablauf angezeigt werden. Für den Fall eines Verkaufs des Hauses durch die Sparkasse wurde eine sechsmonatige Kündigungsfrist zum 1. Mai oder 1. November in den Vertrag aufgenommen.

Gleichzeitig mit dem Mietvertrag über die Diensträume des Postamtes wurde ein Vertrag über die Vermietung einer Wohnung an den Postmeister Wiese abgeschlossen, die sich in der zweiten Etage des Hauses befand. Hier gab es noch eine Schneiderwerkstatt und einen Abort, der aber „*nur zum ausschließlichen Gebrauche des Postverwalters Wiese, seiner Familie und der vorhandenen Postbeamten*“ dienen sollte. Weiterhin wurde vereinbart:

„*§ 5. Zur Erhaltung der allgemeinen guten Ordnung hat Miether sowie jeder andere Bewohner des Hauses folgende Verbindlichkeiten übernommen. Die Treppen und Fluren müssen von den Bewohnern der Räume gescheuert werden, Kehricht und Asche darf nur an den dazu angewiesenen Orten geworfen, aus den Fenstern soll kein Wasser gegossen und in der Wohnung oder Küche kein Holz klein gehauen oder sonstige Verrichtungen zum Nachtheile des Hauses oder zur Störung der etwaigen übrigen Hausbewohner vorgenommen werden.“*

Die Miete für die Dienstwohnung wurde auf 216 Mark festgesetzt und war in vierteljährlichen Raten zu zahlen. Mit dem Erlöschen des Mietvertrages über die Diensträume sollte gleichzeitig der Mietvertrag über die Wohnung des Postmeisters beendet werden.

⁴ Die Katasterunterlagen geben keine Auskunft über ein der Sparkasse Aplerbeck gehörendes Haus am Marktplatz zu dieser Zeit. Möglicherweise fehlt der Katastereintrag, weil die Sparkasse das Haus nur im Rahmen eines geplatzten Kreditgeschäftes erlangt hatte und rasch weiterveräußern wollte.



Das Mietpostgebäude hinter dem Amtshaus (1886-1940)

Auch der Mietvertrag zwischen der Sparkasse Aplerbeck und der Oberpostdirektion wurde nach Ablauf der ursprünglich vereinbarten Frist nicht verlängert. Schon Monate vor dem Ende des Mietverhältnisses wurde die Postsituation im Ort diskutiert. So unterhielten sich der Aplerbecker Amtmann Gutjahr und der Kaufmann Grügelsiepe bereits im Mai 1886 „über den Bau eines Dienstgebäudes für die Reichspost“.⁵ Inhalt und Ergebnis dieser Unterredung sind heute jedoch unbekannt.

Durch Schreiben vom 8. Juli 1886 teilte der ortsansässige Bau-Architekt Ludwig Becker der Aplerbecker Amtsversammlung mit, dass er beabsichtige, auf seinem Grundstück südlich des Amtshauses ein Gebäude „für Postzwecke“ zu errichten. Um einen geeigneten Zugang zu dem neuen Postamt zu schaffen, bat Becker um die Genehmigung, das Terrain westlich des Amtshauses auf eigene Kosten anfüllen und auch ein Stück der dortigen Mauer abbrechen zu dürfen. „Ich hoffe um so zuversichtlicher auf Erfüllung meiner Bitte als ja auch der neue Bau der Aussicht des Rathhauses nicht zur Unzierde gereicht u. der Platz zwischen Post und Rathause hübsch u. frei bleibt. Da ja das Amtshaus nicht im Geringsten dadurch geschädigt wird, im Gegenteil von der Südseite her gewinnt, bitte ich Ew. Wohlgeboren hierdurch ergebenst, diesen meinen Antrag gütigst befürworten zu wollen.“ Damit zeigte sich die Amtsversammlung einverstanden. Im Grundbuch wurde allerdings eingetragen, dass die Fläche zwischen dem Amtshaus und dem neuen Postamt, die später „Postplatz“ genannt wurde, nicht bebaut werden durfte.⁶ Die praktische Begründung dafür war, dass „den vielen Fenstern an der Hinterfront des Amtshauses das Licht nicht fortgenommen werde.“⁷

Der Neubau des Architekten Becker – der ältere Teil des heutigen Hauses Postkutschenstr. 5 – wurde nicht für eine Mietperiode, sondern für mehrere Jahrzehnte Sitz des Aplerbecker Postamtes.

Postverwalter Wiese hatte den Umzug in das neue Amtsgebäude mitgemacht. 1889 wurde er dann nach Althaldensleben versetzt. Seine Nachfolge trat der Postverwalter Grebe an, der zuvor in Vogelsang, Kreis Schwelm, tätig gewesen war.⁸ Der Gemeinderat zog Grebe als Zähler für die Viehzählung vom 1. Dezember 1892 heran, und somit wurde der Postbeamte auch durch diese Aufgabe Wieses Nachfolger.⁹ Im August 1895 wurde der Tod des Postverwalters Grebe bekannt gegeben.¹⁰ Ihm folgte der Postverwalter Niermann nach, der vorher in Oberbrügge eingesetzt gewesen war.¹¹

Im April 1888 stellte die Post bei der Gemeindevertretung den Antrag, das Postgebäude durch die Anbringung einer Gaslaterne zu beleuchten. Die Gemeindeverordneten konnten sich aber nur dazu durchringen, durch eine Gaslaterne an der Ecke

⁵ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 12, Ifd. Nr. 56 (Die Verwaltung des Amtes Aplerbeck, Vol. II, 1880 ff)

⁶ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, Ifd. Nr. 261 (Erweiterungsbau des Amtsgebäudes, 1874-1904)

⁷ Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, Bestand B 173, Ifd. Nr. 385 (Aplerbeck, Kreis Hörde, Postamt, Diensträume 1896-1911), Schreiben des Architekten L. Becker vom 10. Januar 1906

⁸ Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg, 41. Stück 1889 (12.10.1889), Nr. 816

⁹ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, Ifd. Nr. 349 (Gemeinderatsprotokolle 1887-1896), Sitzung vom 14.11.1892

¹⁰ Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg, 36. Stück 1895 (07.09.1895), Nr. 926

¹¹ Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Arnsberg, 52. Stück 1895 (28.12.1895), Nr. 1286



des Amtshauses nach der Chausseestraße (heute Schüruferstraße) die Beleuchtung des Zugangsweges zur Post (heute Postkutschenstraße) sicher zu stellen.¹² Für einige Jahre genügte diese Lösung wohl.

Im November 1901 beantragte Architekt Becker dann bei der Gemeindevertretung die Gasbeleuchtung für die von ihm, Söffge und der Post bewohnten Häuser, verknüpfte seinen Antrag aber mit der Bedingung, dass die Gemeinde die Hälfte der Kosten für die Zuleitung übernahm. In Hinblick darauf, dass gleich drei Häuser an das gemeindeeigene Gasnetz neu anzuschließen waren, wurde Beckers Antrag genehmigt.¹³ Dagegen lehnte die Gemeinde es ein Jahr später ab, auf dem Platz vor dem Postgebäude eine Gaslaterne aufzustellen, denn es sei Sache der Post, den ihr gehörenden Vorplatz und den Zugang zum Briefkasten zu beleuchten.¹⁴

Im September 1896 schrieb Architekt Becker seinem Mieter, der kaiserlichen Post, dass er gerne bereit sei, am Postgebäude die gewünschte Rampe anzubauen. Dafür verlange er keine besondere Vergütung, doch war ihm daran gelegen, dass der bestehende Mietvertrag nach Ablauf (1. Juli 1897) für weitere zehn Jahre unter angemessener Erhöhung der Miete (um 300 Mark auf 1.300 Mark) verlängert würde. Bei den daraufhin einsetzenden Verhandlungen wurde Postverwalter Niermann von der Oberpostdirektion zur Stellungnahme darüber aufgefordert, ob er die Weiterbenutzung des Gebäudes als zweckmäßig erachte oder ob eine andere Unterbringung in Erwägung zu ziehen sei. Niermann antwortete, dass die Lage des jetzigen Postamts „sowohl für den Dienstbetrieb als auch für das Publikum nur vorteilhaft genannt werden“ könne. Die Einrichtung des Amtes sei zweckentsprechend und die Diensträume in Hinblick auf ihre Größe für absehbare Zeit völlig genügend. Zwar wurde dem Hauseigentümer Becker eine Liste abzustellender Mängel vorgelegt, doch stellte diese kein Hindernis dar, denn Becker kam bereitwillig allen Forderungen nach, und weil man sich auch auf eine jährliche Miete in Höhe von 1.170 Mark einigen konnte, trat der neue Mietvertrag zum 1. Juli 1897 in Kraft.¹⁵

Die Verlängerung des Mietvertrages zwischen dem Architekten Becker und der Oberpostdirektion bedeutete nicht, dass am Aplerbecker Postamt ideale Verhältnisse herrschten. Der Gemeindeverordnete Apotheker Otto Leunenschloß referierte im Juni 1903 über die Verhältnisse von Post und Eisenbahn im Ort. Infolgedessen beschloss der Gemeinderat eine Eingabe an die Oberpostdirektion mit dem Ziel, das Aplerbecker Postamt zu einem Postamt II. Klasse heraufzustufen.¹⁶ Diesem Antrag kam die Oberpostdirektion jedoch nicht nach. Sie teilte durch Schreiben vom 1. Oktober lediglich mit, dass Briefe und Pakete in Aplerbeck nunmehr beschleunigt ausgeteilt werden sollen.¹⁷

Umzug in das Amtshaus von 1851/74

Das Aplerbecker Postamt geriet etwa zeitgleich auch in den Blickwinkel der Amtsversammlung. Hintergrund war der beabsichtigte Neubau eines Amtshauses, den aber keineswegs alle Amtsverordneten für notwendig erachteten. Um diese umzu-

¹² Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 349 (Gemeinderatsprotokolle 1887-1896), Sitzung vom 19.04.1888

¹³ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 357 (Protokollbuch der Gas- und Wasserwerkskommission, 1884-1909), Sitzung vom 29.11.1901

¹⁴ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 357, Sitzung vom 24.11.1902

¹⁵ Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, Bestand B 173, lfd. Nr. 385 (Aplerbeck, Kreis Hörde, Postamt, Diensträume 1896-1911)

¹⁶ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 350, Sitzung vom 15.06.1903

¹⁷ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 350, Sitzung vom 12.10.1903



stimmen, beabsichtigten die Befürworter eines Amthaus-Neubaus den Verkauf des Amtshauses von 1851/74. Der Verkauf würde zu einer beachtlichen Einnahme führen, die als Grundstock für die Finanzierung des Neubaus dienen könnte. Im Kreise der bauwilligen Amtsverordneten hoffte man, die Post für den Kauf des alten Amtshauses interessieren zu können. Das gelang aber nicht. Postrat Harms, der das Gebäude begutachtet hatte, schrieb am 22. April 1905 an die Oberpostdirektion: *„Das jetzige Amtshaus in Aplerbeck, welches nach Erbauung eines neuen Amtshauses für 30.000 M. verkauft werden soll, befindet sich an der Hauptstraße des Ortes und hat eine günstige Verkehrslage. Für Postzwecke ist es jedoch nicht geeignet. Wie aus der beigefügten Skizze hervorgeht, hat es bei einer Frontlänge von 22 m nur eine Tiefe von 9 m. Die ganze Anlage des Gebäudes ist so ungünstig, daß es sich auch durch Umbau nicht zu Postdienstzwecken herrichten läßt. Geeigneter Raum für einen Posthof und für Nebengebäude ist überhaupt nicht vorhanden. Hiernach beantrage ich von einer Verwendung des jetzigen Amtshauses für Postzwecke abzusehen und den Amtmann in Aplerbeck entsprechend zu bescheiden.“*¹⁸ Das Postamt blieb also Mieter in Beckers Haus.

Der Postverwalter Niermann machte wenige Wochen später (18. Mai 1905) die Oberpostdirektion auf das baldige Ende des bestehenden Mietverhältnisses aufmerksam und wies dabei auf diverse Mängel hin: *„Die Räume, welche vor 20 Jahren in Benutzung genommen sind, entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Insbesondere reicht der Raum in der Packkammer Vormittags für die 8 Besteller um so weniger aus, als sich dann gerade ein lebhafter Paketverkehr darin abwickelt. Der Schalterraum ist ebenfalls zu klein; ganz besonders jedoch ist die Schaltereinrichtung veraltet und unzureichend. Die Einrichtung eines zweiten Schalters für die Rentenzahlung ist ebenfalls Bedürfnis. Die Wagenunterstellung und die Abortverhältnisse sind unzureichend und Pissoir fehlt ganz. Aus diesen Gründen dürfte sich ein Um- und Anbau, wozu Becker zweifellos geneigt ist, wohl empfehlen.“* Niermanns Kollege Hillmer bekräftigte diese Darstellung (8. Juni 1905): *„Das Personal des Postamts hat sich in den letzten Jahren um 1 Beamten und 2 Unterbeamte vermehrt, die Zahl der Beamten beträgt einschließlich Amtsvorsteher 4, die der Unterbeamten 9, welche sich in nur zwei Diensträumen aufhalten müssen. In diesen Diensträumen muß neben dem Annahme und Ausgabedienst, der Abfertigungsdienst, die Abfertigung der 8 bestellenden Boten, sowie der Dienst am Morseapparat wahrgenommen werden. Die gleichzeitig auch als Briefträgerzimmer dienende Packkammer bietet zur übersichtlichen Trennung der eingegangenen, abzusendenden und lagernden Pakete keinen hinreichenden Raum. Da der Paketverkehr sich stetig steigert, stellen sich der ordnungsmäßigen Bearbeitung Schwierigkeiten entgegen.“*

Seitens der Post entschied man sich, die Mangelsituationen durch einen Um- bzw. Erweiterungsbau des bisherigen Postgebäudes aus der Welt zu schaffen. Die ersten Pläne, die einen erheblich vergrößerten Schalterraum und einen zweiten Schalter vorsahen, lagen bereits Anfang August fertig vor; an ihnen wurden in der Folge nur noch geringfügige Änderungen vorgenommen. Die Bauarbeiten sollten zum 1. Oktober 1906 abgeschlossen sein, die jährliche Miete wurde auf 2.500 Mark festgesetzt, und der Mietvertrag sollte bis zum 31. Juli 1921 laufen.

Da die Weichen zum Postamts-Umbau somit unumgänglich gestellt waren und die Post als Käufer des bisherigen Amtshauses definitiv nicht mehr zu gewinnen war,

¹⁸ Der Vorgang zur Ablehnung des Kaufs des alten Amtshauses und Umbau des bisherigen Mietpostgebäudes nach: Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, Bestand B 173, lfd. Nr. 385



versuchte die Amtsverwaltung in der Folge, ihr Amtshaus möglichst an den Architekten Becker zu veräußern und zeigte sich dabei wenig zimperlich. Becker stufte ein Schreiben des Amtmanns Leonhard vom 3. Januar 1906 gar als Druckmittel ein, weil ihm darin mitgeteilt worden war, dass ein potentieller Käufer des alten Amtshauses dieses möglicherweise bis an die Grundstücksgrenze umbauen und dadurch den Weg zur Post stark verengen würde. Das könnte eventuell zur Folge haben, dass die Post wegen der verschlechterten Zuwegung den Standort wechseln und Becker somit den Hauptmieter seines Hauses verlieren würde. Würde Becker dagegen das Amtshaus kaufen, träte diese Gefahr natürlich nicht auf. Tatsächlich kaufte Architekt Becker später das alte Amtshaus und baute es zu Geschäfts- und Wohnzwecken um.

Erweiterung des Postmietsgebäudes

Der Um- und Erweiterungsbau des Postamtes hinter dem Amtshaus von 1851/74 und die damit verbundenen Änderungen der Mietkonditionen wurden durch das Reichs-Postamt in Berlin am 9. Februar 1906 genehmigt. Die Ausschachtungsarbeiten für den Neubauteil, der östlich an dem bestehenden Gebäude hochgezogen werden sollte, begannen am 6. April. Am 27. Mai war der Rohbau vollendet und man begann mit dem Innenausbau. Rund drei Wochen später war das Postamt bis zum Dachwerk aufgeführt, die Betondecken der Keller und die Schutzdecken in der ersten und zweiten Balkenlage angebracht. Mitte Juli erfolgte der Durchbruch vom alten zum neuen Gebäudeteil, was natürlich Auswirkungen auf den Betriebsablauf hatte. Durch die Bauarbeiten wurde besonders der Morsebetrieb gestört. Anfang August war der Erweiterungsbau fertig gestellt und der Umbau des älteren Gebäudeteils wurde in Angriff genommen. Mitte September waren die größten Arbeiten abgeschlossen, die vergrößerten Diensträume wurden bereits genutzt, so dass als Termin für die Bauabnahme Mitte Oktober 1906 ins Auge gefasst wurde. Die bei der Bauabnahme festgestellten Mängel sollten bis Anfang 1907 abgestellt werden.

Während der Umbauphase führte die Post auch eine organisatorische Neuerung ein: die Schließfachanlage. Am 10. März 1906 teilte der Postbeamte Hillmer der Oberpostdirektion in Dortmund mit, dass in Aplerbeck Interessenten für zwei große (Amt Aplerbeck, Aplerbecker Hütte) und drei kleine Schließfächer (Weinhandlung Uessler, Sträter & Kempken, Warenhaus Herzberg) vorhanden seien. Hillmer rechnete damit, dass sich die Nachfrage nach Schließfächern noch verdoppeln würde! Für das Postamt Aplerbeck wurde kein neuer Schließfachschränk angeschafft, sondern ein in Nordenham entbehrlich gewordener nach Aplerbeck gesandt, wo er am 9. Juli eintraf.

Das alte Problem der Beleuchtung des zwischen dem vormaligen Amtshaus und dem erweiterten Postamt liegenden Postplatzes kam 1912 wieder einmal auf die Tagesordnung der Gemeindevertretung. Der Gemeinderat beschloss nun die Aufstellung einer Gaslaterne.¹⁹ Ebenfalls 1912 wurde das Postamt an das neuangelegte Aplerbeck Stromnetz angeschlossen.²⁰

¹⁹ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 351 (Gemeinderatsprotokolle 1905-1918), Sitzung vom 01.05.1912

²⁰ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 16, lfd. Nr. 112 (Versorgung Aplerbecks mit elektrischem Licht, 1905-1926)



Zwischen den Weltkriegen

(Quelle: Bundesarchiv, Berlin, R 4701/4290, Reichspostamt, Geh. Registr. III K, Band 1: Das Posthaus in Aplerbeck [1906-1925])

Im Mai 1921 wandten sich die Erben des inzwischen verstorbenen Architekten Ludwig Becker (nämlich: der Architekt Kossack, Hörde, der Regierungsbaumeister Becker, Aplerbeck, und der Arzt Becker, Giessen) an die Post mit einem Antrag auf Gewährung einer einmaligen Mietbeihilfe für das Rechnungsjahr 1920. Seit dem Anschluss des Aplerbecker Postamtes an das lokale Stromnetz (01.11.1912) betrug die Jahresmiete 2.513 Mark. Die beantragte Bewilligung belief sich auf rund 955 Mark.

Der Post-Fragebogen für Mietbeihilfen beinhaltete u. a. die Prüfung der Verhältnisse des Antragstellers. Im vorliegenden Fall wurde festgestellt, dass die Vermieter in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen lebten und als begütert galten. Deswegen wurde der durch Rechnungen gestützte Antrag am 24. Mai 1921 abgelehnt. Doch am 6. Dezember wurde die Ablehnung revidiert, *„nachdem sich herausgestellt hat, daß sie [die Vermieter] in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten würden, wenn sie den Schaden, den sie durch die Vertragserfüllung im Rechnungsjahr 1920 erlitten haben, allein tragen müßten“*. Der Mietzuschuss wurde auf 800 Mark festgesetzt.

Am 18. Januar 1922 beantragte die Oberpostdirektion Dortmund beim Reichspostamt in Berlin die Anmietung eines zusätzlichen, 18 Quadratmeter großen und im II. Geschoss des Aplerbecker Mietspostgebäude liegenden Zimmers. Zwar verfügte Emmerling – seit kurzem aufgrund einer erfolgreich abgelegten Ergänzungsprüfung „Postmeister“ – bereits über eine Wohnung aus vier Zimmern und Nebengelassen. Aber da seine Familie zahlreich war, war ihm an dem zusätzlichen Zimmer sehr gelegen. Die ortsübliche Miete belief sich auf 155 Mark jährlich. Bereits am 24. Januar genehmigte die Postbehörde in Berlin die Anmietung – solange das Zimmer nicht zu Dienstzwecken benötigt würde.

Eine weitere Mietbeihilfe beantragte der zu dem Zeitpunkt alleinige Eigentümer des Mietpostgebäudes, Regierungsbaumeister Becker, im März 1923. Becker betrieb damals ein Baugeschäft, das infolge des sogenannten „Ruhreinbruchs“, der Besetzung des Ruhrgebiets durch Franzosen 1923/24, *„darnieder lag“*. In der Begründung des Antrags auf Mietbeihilfe heißt es, dass Becker den Schaden nicht tragen könne, ohne in Not zu geraten. Die durch Rechnungen belegte Schadenhöhe wurde mit 66.266,81 Mark beziffert, wobei allerdings berücksichtigt werden muss, dass sich in diesem Betrag die Inflation widerspiegelt. An Mietbeihilfe wurden vom Reichspostministerium 66.000 Mark bewilligt.

Oberpostschaffner Wilhelm Strunk, der zum 1. April 1924 in den Ruhestand trat, hatte seine insgesamt 36jährige Dienstzeit ausschließlich beim Postamt in Aplerbeck absolviert.²¹ Strunks Übertritt in den Ruhestand erfolgte mitten während der Ruhrbesetzung. Zu Anfang der Besetzungszeit war auch das Postamt Aplerbeck besetzt worden, da die Franzosen vermutet hatten, dass hier ein Ortsamt für die Herstellung von Telefonverbindungen untergebracht war. Als sich dies als Irrtum herausstellte, wurde das Amt wieder freigegeben.²² Ungeachtet dessen konnte der Postverkehr nur mit Einschränkungen aufrecht erhalten werden. Wert- und Einschreibebriefe bei-

²¹ „Hörder Volksblatt“ vom 01.04.1924 („Der Herr Oberpostschaffner Wilhelm Strunk ...“)

²² Karl Trenkel: Unter französischen Bajonetten. Eine Denkschrift aus der Zeit der Franzosen-Besetzung vom 16. Januar 1923 bis 22. Oktober 1924. Dortmund-Hörde, 1929, S. 47



spielsweise wurden vom Postamt Aplerbeck erst ab Februar 1924 wieder angenommen.²³

Wenige Monate nach Beendigung der Ruhrbesetzung, im April 1925, beantragte Regierungsbaumeister a. D. Becker wegen eines erlittenen Schadens erneut eine Mietbeihilfe. Becker war nun auf das Gehalt angewiesen, das ihm eine Baugenossenschaft zahlte und lief Gefahr, in wirtschaftliche Not zu geraten, wenn ihm die Beihilfe nicht gewährt würde. Zwar war er nicht nur Eigentümer des Mietpostgebäudes, sondern besaß noch drei weitere Miethäuser. Doch konnte er glaubhaft versichern, dass diese *„ebenfalls keinen Gewinn abwarfen“*. Seit dem 1. Februar 1924 herrschten wegen der Zahlung der Miete in Goldmark bzw. Reichsmark wieder feste Verhältnisse bezüglich der Bewirtschaftung der Miethäuser. Die Inflationssummen waren vom Tisch. Das Reichspostamt genehmigte die beantragte Mietbeihilfe in Höhe von 216 Mark.

Die Eingemeindung Aplerbecks nach Dortmund zum 1. August 1929 hatte nur wenige Auswirkungen auf das Aplerbecker Postamt. Das Postschließfach der Gemeindeverwaltung wurde überflüssig und deshalb gekündigt. Einen Monat später teilte die Oberpostdirektion der Stadt Dortmund mit, dass das Postamt „Aplerbeck (Kr. Hörde)“ umbenannt würde in Postamt „Dortmund-Aplerbeck“.²⁴

Zum 1. April 1934 trat Postmeister Emmerling in den Ruhestand. 27 Jahre war er als Amtsvorsteher des Postamtes Aplerbeck tätig gewesen. Die Presse lobte ihn anlässlich seiner Verabschiedung, weil er in seiner langen Dienstzeit das Vertrauen und die Achtung der Bevölkerung erlangt hatte und seinen Beamten ein gerechter und guter Vorgesetzter gewesen war. Nicht unerwähnt blieb, dass er sich *„im Abwehrkampf bei der Ruhrbesetzung große Verdienste um das Vaterland erworben“* hatte. Gerade beim Postamt Aplerbeck wären damals wegen der Lage des Ortes an der Grenze des besetzten Gebietes besondere Schwierigkeiten zu überwinden gewesen. Mit der Pensionierung des Postmeisters Emmerling endete auch die Ära des bis dahin selbständigen Postamtes Dortmund-Aplerbeck, das nun als eine Zweigstelle des Postamts Hörde geführt wurde.²⁵

Umzug zur Köln-Berliner-Straße

Dass die Situation im alten Postgebäude am Postkutschenweg wegen der beengten Verhältnisse alles andere als ideal war, war seit langem und allgemein bekannt. 1938 wurden endlich Schritte unternommen, die Missstände durch den Neubau eines Postamtes an der Ecke Köln-Berliner-Straße/Marsbruchstraße zu beseitigen. Das dort noch stehende alte Sträter'sche Haus war angekauft worden und sollte abgerissen werden. Für das Frühjahr 1939 war hier der Bezug des Neubaus durch die Post vorgesehen.²⁶

Die Pläne gerieten jedoch bereits frühzeitig in Verzug. Die Abbrucharbeiten an der alten Sträter'schen Besetzung waren im März 1939 noch im Gange, mit dem Einzug des Postamts in den Neubau rechnete man nun erst im Herbst des Jahres.²⁷ Bis Anfang Juli schritten die Arbeiten an dem Bauprojekt dann gut voran; das Erdgeschoss

²³ „Hörder Volksblatt“ vom 12.02.1924

²⁴ Stadtarchiv Dortmund, Bestand 110, lfd. Nr. 147 (Eingemeindung der Ämter des Landkreises Hörde, 1929. Überleitung der Verwaltungen)

²⁵ „Hörder Volksblatt“ vom 28.03.1934 („In den Ruhestand getreten“)

²⁶ „Dortmunder Zeitung“ vom 06.05.1938 („Bau eines neuen Postgebäudes“)

²⁷ „Hörder Volksblatt“ vom 11.03.1939 („Um- und Ausblicke in Aplerbeck“)



ragte schon aus dem Boden.²⁸ Mitte November – der Zweite Weltkrieg war inzwischen ausgebrochen – war der Rohbau „sozusagen“ fertig gestellt.²⁹ Nach einem strengen Winter fiel im April 1940 der Bauzaun. Erstmals war ein ungehinderter Blick auf „ein schönes aber doch einfaches und schlichtes Postgebäude, wie die Stadt Dortmund so leicht kein zweites nachzuweisen hat“ möglich. Der Neubau Köln-Berliner-Str. 12 mit seiner „wunderschönen“ Sandsteinfassade im Erdgeschoss wurde bereits als Aplerbecks Schmuckstücks gepriesen, „welches die Blicke aller Fremden fesselt.“³⁰

Die Eröffnung des neuen Aplerbecker Postamts wurde Ende März/Anfang April 1940 vorgenommen. Die Postkunden fanden ein auf das modernste eingerichtete Amt vor. Drei „bankmäßige Schalter“ und eine Paketannahme waren in der „schmucken“ Schalterhalle vorhanden, wo man auch zwei Fernsprechzellen aufgestellt hatte.³¹

²⁸ „Hörder Volksblatt“ vom 04.07.1939 („Postneubau“)

²⁹ „Hörder Volksblatt“ vom 14.11.1939 („Das neue Aplerbecker Postamt“)

³⁰ „Hörder Volksblatt“ vom 24.02.1940 („Das neue Postamt Aplerbeck“)

³¹ „Hörder Volksblatt“ vom 03.04.1940 („Neues Postamt in Aplerbeck wurde seiner Bestimmung übergeben“)